

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB warnt davor, den Transnuklear-Skandal in der Schublade „Bedauerliche Einzelfälle“ endzulagern: Mehr als ein bedauerlicher Einzelfall.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zeichnet die Konturen einer europäischen Sicherheitspolitik: Die europäische Identität verstärken.

Seite 3

Dr. Rolf Linkohr MdEP und Dr. Gerhard Schmid MdEP bewerten den Transnuklear-Skandal aus europäischer Sicht: Nur die Spitze eines Eisberges?

Seite 6

42. Jahrgang / 243

21. Dezember 1987

Mehr als ein bedauerlicher Einzelfall

Der Transnuklear-Skandal verlangt die Klärung grundsätzlicher Fragen

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Noch ist der ganze Umfang der skandalösen Vorgänge bei der Hanauer Atomtransportfirma Transnuklear ungeklärt. Weder steht fest, wer alles bei den Energieversorgungsunternehmen Schmiergelder in welcher Höhe kassiert hat, noch wieviel Fässer mit falsch deklariertem plutoniumhaltigem Abfall unbeobachtet über die Grenzen in die Bundesrepublik und in Zwischenlager bei den Kernkraftwerken beziehungsweise nach Gorleben gelangen konnten. Insbesondere eventuelle Zusammenhänge zwischen Schmiergeldzahlungen und der illegalen Plutoniumlagerung müssen untersucht werden. Man muß kein Prophet sein, um zu vermuten, daß bisher erst die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden ist.

Das, was bisher bekannt wurde, reicht allerdings aus, um eine Gänsehaut zu bekommen. Der bisher eher polemisch gebrauchte Begriff der „Atom-Mafia“ hat sich als realitätsnahe Beschreibung erwiesen. Denen, die bei uns mit den gefährlichsten Stoffen, die die Menschheit kennt, umgehen dürfen, haben offenbar die charakterlichen Eigenschaften gefehlt, die zu Recht von jedem Briefträger und jeder Verkäuferin verlangt werden. Von der besonderen Zuverlässigkeit, wie sie das Atomgesetz nicht ohne Grund vorschreibt, ganz zu schweigen. Und dabei handelt es sich keineswegs, wie viele nun eilig versichern, um Einzelfälle. Betroffen sind nach den bisherigen Ermittlungen allein in der Bundesrepublik über hundert Personen. Man kann somit wohl mit Recht von einer strukturellen Anfälligkeit der Atomwirtschaft für diese Geschäftspraktiken sprechen.

Der Entzug der Transporterlaubnis für Transnuklear war eine erste, notwendige Konsequenz. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat bereits im Sommer dieses Jahres nach dieser Konsequenz aus den bis dahin bekannten Vorwürfen gefragt. Damals hieß es jedoch von Seiten der Bundesregierung: „die bisherigen Sachverhaltskenntnisse beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Übersicht
mit normaler Rohstoff-
Recycling-Papier



heit lassen noch keine abschließende Beurteilung der atomrechtlichen Zuverlässigkeit bei den in Frage kommenden Firmen zu."

Bleibt zu hoffen, daß die jetzt eingeleiteten Prüfungen schneller zu Ergebnissen führen als seinerzeit. Dabei muß auch die Zuverlässigkeit der betrelbenden EVUs geprüft werden. Es kommt nicht nur darauf an, wie Umweltminister Töpfer nun fordert, die Verantwortlichen hart zu bestrafen. Es muß auch systematisch geprüft werden, ob solche gefährlichen Betrügereien überhaupt durch organisatorische Maßnahmen verhindert werden können.

Die SPD-Fraktion wird in der von ihr beantragten Sondersitzung des Umweltausschusses heute mittag hierzu dem Umweltminister kritische Fragen stellen. Wir werden nicht hinnehmen, daß die Vorgänge zu einem bedauerlichen Einzelfall heruntergespielt werden. Vom Ergebnis dieser Sitzung wird unter anderem abhängen, ob weitere parlamentarische Initiativen ergriffen werden (Untersuchungsausschuß).

Unabhängig von der genauen Sachaufklärung, die jetzt geboten ist, wirft der Transnuklearskandal jedoch erneut Fragen auf, die nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl - unter anderem durch eine Millionen teure Werbekampagne der Atomindustrie - erfolgreich aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wurden:

- Ist die Nutzung einer Energieform vertretbar, bei der menschliches Fehlverhalten so gravierende Folgen haben kann?
- Kann staatliche Kontrolle überhaupt mit vertretbarem Aufwand so perfektioniert werden, daß solche skandalösen Vorgänge wie bei Transnuklear ausgeschlossen werden können?
- Werden wir, wenn wir den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung weiter erhöhen, überhaupt noch in der Lage sein, gegebenenfalls die Konsequenz des „Abschaltens“ bei entsprechenden Vorkommnissen zu ziehen?
- Sind nicht schon jetzt zum Beispiel durch das Monopol der Firma Transnuklear Abhängigkeiten entstanden, die die Handlungsspielräume staatlicher Aufsichtsbehörden einschränken, wenn plutoniumhaltige Abfälle schon jetzt in großem Stil verschoben werden können?
- Wie sollen die Kontrollen funktionieren können, wenn in Wackersdorf Plutonium in großen Mengen gewonnen und als Kernbrennstoff durch die Lande transportiert werden soll?

Diese Fragen werden von der Bundesregierung bisher systematisch ignoriert. Auch Umweltminister Töpfer beeilt sich zu erklären, daß durch den Transnuklearskandal keineswegs die Kernenergie als solche in Frage gestellt sei. Solange jedoch die Bundesregierung nicht bereit ist, über den Übergang zu einer sozialverträglicheren Energieversorgungsstruktur in einen ernsthaften Dialog ohne Denkverbote einzutreten, wird sie weiterhin den „Ereignissen“ und „Vorkommnissen“ hilflos hinterherlaufen. Eine beliebte Ausrede funktioniert beim Transnuklearskandal übrigens nicht mehr: Hanau liegt in der Bundesrepublik Deutschland.

(-/21.12.1987/vo-he/st)

* * *



Die europäische Identität verstärken

Wir brauchen eine neue Kultur der sicherheitspolitischen Diskussion in Europa

Von Karsten D. Voigt MdB

Die SPD bekant sich zum Ziel einer auch sicherheits- und verteidigungspolitischen Union in Westeuropa.

Aber wie so häufig in der Politik sind solche revolutionären Zielsetzungen nur in kleinen Schritten zu erreichen. Man muß an bestehenden Institutionen der Zusammenarbeit in Europa anknüpfen und versuchen, sie in Richtung auf diese qualitativ neue Zielsetzung zu reformieren und zu verändern.

Heute gibt es zumindest drei Organisationen und Institutionen in Westeuropa, die in der Sicherheitspolitik Bedeutung besitzen: Das sind 1. die NATO und innerhalb der NATO die europäische Komponente der Independent European Planning Group, dann 2. die Westeuropäische Union und in zunehmendem Maße auch 3. die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft mit dem Europäischen Parlament und der in der Europäischen Akte neu formulierten außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Ich halte gegenwärtig eine Diskussion, welche der drei Institutionen in der Sicherheitspolitik zu führen werden sollte, für abstrakt.

In Wirklichkeit muß man versuchen, die europäische Identität durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den drei Institutionen in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen zu verstärken. Im Rahmen einer integrierten europäischen Gesamtkonzeption sollte die Konvergenz zwischen den bisher unterschiedlichen Institutionen, die sich mit Fragen der westeuropäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen, ausgebaut werden.

Mir selber wäre daran gelegen, daß die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft in wachsendem Maße auch in der Sicherheitspolitik an Bedeutung gewinnen; dies ist in den letzten Jahren auch der Fall gewesen. Aber es gibt immer noch gewisse Barrieren gegenüber der Diskussion von verteidigungspolitischen Fragen innerhalb der Institutionen der EG. Diese Barrieren kann man nur überwinden, wenn die Diskussion in den Parteien, in den Verbänden, in den gesellschaftlichen Institutionen auch verändert wird. Nur als Ergebnis eines derartigen Diskussionsprozesses, der außerhalb der formalen Institutionen der EG beginnt, werden dann auch die institutionellen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments und der anderen Organe in der Europäischen Gemeinschaft ausgebaut werden können. Die Träger dieses Prozesses sind überwiegend die Regierungen, in zunehmendem Maße auch die Parlamente.

Eine der ursprünglich nicht vorherzusehenden Folgen der Diskussionen über die nuklearen Mittelstreckenwaffen war, daß sich zunehmend auch Parteien in Europa mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen beschäftigten. Diese Entwicklung ist als ein Element der Demokratisierung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion zu begrüßen. Sie kann übrigens auch als ein Instrument zur wachsenden westeuropäischen Kooperation und Integration dienen. Eine Diskussion über Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die sich nur auf Regierungsebene und nur auf parlamentarischer Ebene abspielte oder sich auf Diskussionen zwischen sicherheitspolitischen Fachleuten beschränkte, wäre als Element wachsender Kohesion und Kooperation in Westeuropa unzureichend.

Die Gespräche auf Parteebene sind ein Instrument zur wachsenden Konvergenz einerseits und andererseits ein Ausdruck des Pluralismus: 1. Ein Instrument wachsender Konvergenz zwischen Parteifamilien unterschiedlicher Nationalität aber gleicher politischer Orientierung und 2. ein Instrument, durch das sich der Pluralismus zwischen unterschiedlichen politischen Strömungen in



den einzelnen Staaten Westeuropas im Wettbewerb miteinander aber in Westeuropa insgesamt durch die jeweiligen Parteifamilien gemeinsam ausdrücken kann.

In der früheren Geschichte der europäischen Nationalstaaten wurde der Unterschied zwischen Nationen und ihren sicherheitspolitischen Interessen in den Vordergrund gerückt. Jetzt haben wir ein Nebeneinander von unterschiedlichen Interessen: die nationalen Regierungen haben vorwiegend auf die spezifischen Interessen ihrer jeweiligen Staaten ab. Auf der anderen Seite führt die zunehmende Konvergenz zwischen gleichen politischen Strömungen, zum Beispiel den Sozialdemokraten, Sozialisten auf der einen Seite und den Christdemokraten auf der anderen Seite zu einer Annäherung zwischen Parteifamilien über die nationalen Grenzen hinweg.

Eine indirekte Wirkung Ronald Reagans war es, daß er die Westeuropäer durch seine Neigung zum globalen Unilateralismus zu einer wachsenden Zusammenarbeit anregte. Auch die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, die als Parteien zum Teil ursprünglich dieser sicherheitspolitischen Zusammenarbeit skeptisch gegenüberstanden, wurden gerade auch durch Reagans Politik zu einer früher undenkbaren Zusammenarbeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen motiviert.

Substantiell ist diese Zusammenarbeit auf allen genannten Ebenen Vorbedingung dafür, daß Europa seine Interessen selbst behaupten kann. Wie die Selbstbehauptung Europas inhaltlich aussehen soll, wird auch in Zukunft in Europa umstritten bleiben. Die unterschiedliche Reaktion war typisch: In den linken Parteien Europas dominierten Besorgnisse, als die beiden Großmächte nicht miteinander kooperierten. Ebenso typisch ist: ein Teil der europäischen Rechten ist jetzt besorgt, weil die beiden Weltmächte kooperieren. Dies ist weniger eine Differenz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sondern dies ist Ausdruck der traditionellen Divergenz zwischen links und rechts in Europa. Auch am Beginn der ersten Phase der Entspannungspolitik war ein Teil der europäischen Konservativen besorgt über die beginnende Entspannungspolitik zwischen den Weltmächten. Umgekehrt wuchs die Besorgnis auf der Linken, als die erste Phase der Entspannungspolitik in eine Krise geriet.

Erstrebenswert und bereits auf mittlere Frist erreichbar wäre auch die Institutionalisierung eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO. Auf lange Sicht könnte die westeuropäische Zusammenarbeit innerhalb der NATO soweit führen, daß die westeuropäischen Staaten ihre verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf multilateraler Basis auf der Grundlage eines neuen Vertrages organisieren. Auch wenn es einen neuen Vertrag auf multilateraler Basis zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten gäbe, blieben die USA ein sicherheitspolitischer Bestandteil Westeuropas und damit Europas insgesamt. Durch den KSZE-Prozeß und auch durch ihre Präsenz in Berlin sind sie hierzu unbefristet legitimiert.

Es gab früher auch innerhalb der Linken Stimmen, die sagten, die westeuropäische Integration schade der gesamteuropäischen Kooperation. Ich teile diese Meinung nicht. Im Gegenteil! Ein handlungsfähiges Westeuropa ist ein guter Partner und ein gutes Beispiel für Osteuropa. Fortschritte in der westeuropäischen Kooperation können auch die gesamteuropäische Kooperation begünstigen.



Die Sowjetunion hat jetzt entschieden, ebenso wie die anderen osteuropäischen Parlamente auch, offizielle Beziehungen zum Europäischen Parlament, zum Europarat, zur Westeuropäischen Union und zur Nordatlantischen Versammlung aufzunehmen.

Dies bestätigt meine Auffassung, daß in der Substanz der sowjetischen Politik Wandlungen begonnen haben: Die Sowjetunion beginnt nicht nur realistisch die multilateralen westeuropäischen Institutionen auf der Regierungsebene, auf der parlamentarischen Ebene und vielleicht auch auf der Parteebene zur Kenntnis zu nehmen. Ein handlungsfähiges Westeuropa könnte auch zu einem verhandlungsfähigen Partner für die Sowjetunion werden. Daß auch die Sowjetunion erkennt, daß ein selbstbewußtes Westeuropa seinen langfristigen Interessen mehr als ein zerstrittenes Westeuropa dienen könnte, ist unsere Hoffnung.

Heute dominiert institutionell noch ein Antagonismus zwischen Warschauer Pakt und NATO. Daneben aber gewinnt ein Pluralismus der Kooperation zwischen Ost und West an Boden. Dieser Pluralismus der Kooperation drückt sich im KSZE-Prozeß, dem KVAE-Prozeß und der künftigen Konferenz über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) aus.

Wir müssen versuchen, zwischen Ost und West durch den Pluralismus der Kooperierenden schrittweise einen Pluralismus der Kooperierenden zu begünstigen.

Die Gleichzeitigkeit von Antagonismus und Kooperation wird Europa noch auf lange Zeit prägen. Es entspricht dem Interesse nicht nur der Westeuropäer sondern aller Europäer in Ost und West, die Elemente der Kooperation zu verstärken und die Elemente des sicherheitspolitischen Antagonismus abzubauen. Dies ist das Ziel des Konzeptes einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West.

Ziel muß auch eine neue Kultur der sicherheitspolitischen Diskussion in Europa sein. Dies wäre dann keine Kultur der militärischen Konfrontation sondern eine Kultur der sicherheitspolitischen Verständigung. In dieser Diskussion wird man jeweils eigene aber auch die gemeinsamen westeuropäischen Interessen definieren. Man kann in diesem Dialog auch schrittweise gemeinsame Kriterien der gesamteuropäischen Stabilität und Sicherheit im militärischen Bereich definieren.

(-/21.12.1987/va-ha/st)

* * *



Nur die Spitze eines Eisberges?

Sozialdemokraten fordern EP-Untersuchungsausschuß zum Transnuklear-Skandal

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP und Dr. Gerhard Schmid MdEP

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit mit Technologie-Unfällen, kriminellen Machenschaften im Bereich der Hochtechnologie und menschlichem Versagen bei der Anwendung und Kontrolle von Sicherheits-Standards nährt unsere Befürchtung, daß es sich bei dem Skandal um die Hanauer Firma Transnuklear nur die Spitze eines Eisberges internationaler Machenschaften mit Atom Müll handelt. Deshalb fordern wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf der Ebene des Europäischen Parlaments.

Schon jetzt steht fest: Die Ermittlungen in der Bundesrepublik reichen nicht aus, die Hintergründe des Skandals aufzuklären. Es gibt zuviel Ungereimtheiten und Zusammenhänge, die bis heute selbst Fachleuten, Staatsanwälten, ja selbst Firmen-Insidern undurchschaubar sind.

Deshalb ist es notwendig, das System sämtlicher transnationaler Atom Müll-Transports einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Sie muß mit einer restlosen Durchleuchtung der Vorgänge um die Transporte aus der Bundesrepublik in das belgische Mol beginnen, Klarheit über den Umfang und die Motive der dubiosen Rücktransporte bringen und das gesamte System der Atom Müll-„Entsorgung“ in Europa klären.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß es erst einem Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments gelungen ist, die Affäre der verschwundenen Seveso-Fässer so aufzubereiten, daß die notwendigen Konsequenzen eingeleitet werden konnten. Bei Transnuklear dürfte es nicht anders sein.

Schon jetzt liegen jedoch einzelne Konsequenzen auf Europäischer Ebene aus dem Transnukleare-Skandal auf der Hand. Zunächst ist eine europäische Agentur zur Überwachung der nuklearen Sicherheit in Europa zu gründen.

Auch ein Bericht des Technologiebewertungsamtes der französischen Nationalversammlung zu den Konsequenzen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl im Frühjahr 1986 schlägt die Schaffung einer allerdings nationalen Agentur für nukleare Sicherheit und Information vor.

Obwohl das französische Überwachungssystem als insgesamt wirksam bezeichnet wird, sei eine deutliche Trennung von Kontrolleuren und Kontrollierten erforderlich, um die Überwachung glaubwürdig zu machen. Die zu errichtende unabhängige Agentur solle die Aufgaben des „Service central de surete des installations nucleaires“ übernehmen. Vorbild ist die amerikanische „Nuclear Regulatory Commission“. Dieser französische Vorschlag wäre ein überfälliger Schritt in die Richtung auf eine nukleare Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Betreibern und Kontrolleuren im sensiblen Bereich der nuklearen Sicherheit. Weil aber internationale Risiken wie Kernenergie nach einer internationalen Kontrolle verlangen, müßte eine solche Behörde eine europäische Dimension haben. Erforderlich ist eine europäische, bei der Europäischen Kommission angesiedelte Sicherheitsagentur, die unabhängig von den nationalen Betreibergesellschaften arbeitet.

(-/21.12.1987/vo-he/st)

* * *

